

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 80 (2002)
Heft: 4

Artikel: Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg : das Unternehmen UEK (1997-2002) : Resultate und Folgewirkungen
Autor: König, Mario
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341695>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg

Das Unternehmen UEK (1997–2002): Resultate und Folgewirkungen

Im März dieses Jahres fand das Unternehmen «Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg» (UEK) unter Leitung von Jean-François Bergier einen Abschluss, als neben den letzten Studienbänden der Schlussbericht erschien, der einer grösseren Öffentlichkeit eine Bilanz präsentiert (Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg, Zürich 2002). Wo liegen die zentralen Resultate und was für Folgewirkungen sind von diesem massiven Paket produzierter Bücher zu erwarten?

Mario König

Eines ist klar: die Wirkung dieses für die Schweiz ganz einmaligen Forschungsunternehmens wird Zeit benötigen. Es setzt Leitplanken für die weitere wissenschaftliche Arbeit und wird – über die Medien, aber auch über die Schulen und andere Vermittler – dazu beitragen, überkommene Geschichtsbilder und Denkmuster aufzulösen. Es gibt kein Zurück mehr in den längst unwiderruflich erschütterten Stand der Unschuld, des Nicht-Wissens, was die Schweiz und den Zweiten Weltkrieg betrifft, obwohl selbstverständlich auch die Arbeiten der UEK nicht alle offenen Fragen klären konnten. Die neue Sichtweise wird sich nicht einfach durchsetzen, weil sie der alten dokumentarisch und argumentativ überlegen ist. Heute stösst sie auch innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Eliten auf zumindest teilweise Zustimmung, da auch von die-

ser Seite eine Abdämpfung der einst mit viel Aufwand inszenierten nationalistischen Abgrenzungen gegen aussen mit samt der betriebenen Schönfärberei der eigenen Vergangenheit begrüsst wird. Die Kosten des schweizerischen «Alleingangs» haben sich als zu hoch erwiesen. Ins Bild dieser europäischen «Normalisierung» fügen sich zentrale Resultate der UEK, die ich hier nur stichwortartig andeuten kann.

1. An erster Stelle zu erwähnen sind die nicht mehr bestreitbaren Fakten einer weit über die Notwendigkeit des eigenen Überlebens hinausgehenden Wirtschaftskooperation der Schweiz mit NS-Deutschland; eine vielfach Formen der Kollaboration annehmende Praxis, welche Raum liess für die Eventualität eines Siegs des Hitler-Regimes wie auch für die grundlegende Annahme, dass Deutschland – komme was da wolle – immer ein zentraler Wirtschaftspartner der Schweiz bleiben würde.
2. Im Zuge dieser Kooperation kam es zu vielfältigen Verletzungen der zuhänden der Öffentlichkeit und der Grossmächte beschworenen Neutralitätsdoktrin, die in den internen Überlegungen der massgeblichen Instanzen von Wirtschaft, Politik und Verwaltung eine geringe Rolle spielte, wenn es darum ging, den kurzfristigen ökonomischen oder politischen Vorteil zu maximieren oder Deutschland Paroli zu bieten.

3. Gewissermassen als Nebeneffekt dieser Konstellation ergab sich eine bemerkenswerte Indifferenz gegenüber den – nicht nur jüdischen – Opferinteressen sowie eine stille Begünstigung von Tätern und Profiteuren durch Behörden und Justiz nach dem Krieg. Aus dieser Haltung resultierten die ungelöst bleibenden Problemkomplexe des in der Schweiz verbliebenen Raubguts und der «nachrichtenlosen Vermögen», die sich Jahrzehnte später als Zeitbombe von überraschender Sprengkraft für Politik und Forschung erwiesen.

4. Wichtig ist daneben aber auch folgendes: Von den vielgenannten Nazi-Milliarden, welche 1996/97 durch die Medien geisterten, fand sich keine Spur. Nichts legt die Plausibilität der vermuteten Riesensummen nahe, wobei allerdings unterstrichen werden muss, dass alle Versuche der UEK zur Gesamtschätzung der in die Schweiz geflossenen sowie erst recht der nur durch das Land hindurch geschleusten Vermögenswerte mangels ausreichender Dokumentation scheiterten.

Was es insgesamt also einzuschätzen und zu bewerten gilt, ist ein alles andere als heroisches Bild einer sich durchwurstelnden Schweiz, einer vielfältigen Ausnutzung von Notlagen oder von günstigen Gelegenheiten angesichts der Schwäche der Nazi-Opfer (vor und nach 1945); es ist die klägliche Rolle einer Politik, die solches nur zu oft absegnete, wenn es irgendwie dem vermeintlichen «Landesinteresse» zu dienen schien. Aber es fanden sich keine gewaltigen, bisher gänzlich geheim und unerkant gebliebenen Leistungen zu Gunsten des NS-Regimes. Ebenso wenig fanden sich Hinweise, dass die getätigten Geschäfte und die behördliche Rückenbedeckung aus einer verbreiteten Sympathie für das nationalsozialistische Deutschland heraus entsprungen wären. Solche existierte zwar in Teilen der schweizerischen

Bevölkerung, für die Mentalität und Praxis eines «business as usual» war sie aber keineswegs ausschlaggebend. Die Schweiz befindet sich in dieser Hinsicht in guter bzw. schlechter europäischer Gesellschaft.

Die wissenschaftlichen Resultate der Kommission und der Mitarbeitenden, denen die eigentliche Forschungsarbeit zufiel, lesen sich wie eine späte Rechtfertigung zahlreicher Kritiker, die – später oftmals vergessen oder ins politische Abseits gedrängt – nach dem Krieg an unliebsame Tatsachen erinnert hatten. Da diese mehrheitlich der politischen Linken zugehörten, können die Berichte auch als umfassende Bestätigung von deren Blick auf die Kriegsvergangenheit verstanden werden, eine Optik, aus der heraus (bisweilen nicht ohne politisches Eigeninteresse) auch heute «bürgerliche Anpassungsbereitschaft» getadelt und die eigene Wehrbereitschaft herausgestrichen werden. Auch wenn dies nicht völlig verfehlt ist: ganz so einfach verhalten sich die Dinge nicht. Geschrumpft ist infolge der nun vorliegenden Resultate auch der Spielraum der möglichen Spekulationen; manchen liebgewordenen «linken» Legendenbildungen wird ebenfalls der Boden entzogen. Dies ist allerdings noch wenig vermerkt worden, da die Arbeit der UEK doch primär als Infragestellung der konservativen Geschichtsbilder gilt. Das konkrete Bilanzieren und Einschätzen der vermuteten und der nachweisbaren Unterlassungen und Rechtsverletzungen muss ernüchternd wirken für all diejenigen, die aus Millionen stets Milliarden machen und in einer Rhetorik gegenseitiger Überbietung die Tatbestände und die Zahlen – und damit auch das Ausmass schweizerischer Vergehen und Mitverantwortung in der NS-Zeit – zum Gegenstand purer Spekulation werden lassen.

Die Übertreibungen schaden dem Anliegen einer überfälligen Demontage der so lange dominierenden Schönfärberei. Es

**Es zeigt sich
das Bild
einer sich
durchwurstelnden
Schweiz.**

**Mit der
Verschiebung der
Aufmerksamkeit
auf die
Nachkriegszeit
treten neue
Problemfelder
ins Blicklicht.**

empfehlte sich keineswegs, bei der Diskussion der Flüchtlingspolitik stets mit den grösstmöglichen, vielleicht noch knapp denkbaren Zahlen zu operieren. Gut gemeint in «volkspädagogischer» Absicht, besonders unmenschliche Züge der damals verfolgten Politik recht deutlich hervortreten zu lassen, kann das Verfahren schlussendlich unfreiwillig einer erneuten Verharmlosung den Weg bereiten. Die nationalkonservative Seite zögert nicht, Ungenauigkeiten genüsslich aufzuspiessen, um mit eigenen hanebüchenen Rechnereien nachzuweisen, dass «alles halb so schlimm» war. Dasselbe gilt für die nachweisbaren Vermögenstransaktionen, für den vermuteten Transfer von Nazi-Milliarden nach Lateinamerika oder wohin auch immer.

Ein sehr zentrales Resultat der UEK-Arbeiten bezieht sich im übrigen nicht auf Einzelfakten irgendeiner Art; es besteht in einem Perspektivenwechsel der Forschung. Mit der Verlagerung der Aufmerksamkeit auf die Nachkriegszeit wird, ohne dass dies im Schlussbericht explizit erwähnt wird, ein wesentlicher Baustein der liebgewonnenen Konstruktion nationaler Unschuld während des Zweiten Weltkriegs in Frage gestellt. Es ist der Krieg, der bisher noch stets als letzter Erklärungsfaktor herhalten musste, um hässliche Flecken auf der Weste zumindest zu relativieren, wenn sie sich schon nicht ganz wegwischen liessen – praktisch niemand mehr rechtfertigt heute noch die damalige Flüchtlingspolitik. Man handelte unter «Zwang», hatte dem «Druck der Nazis» standzuhalten und war als bedrohtes Land dem Gebot nationaler Selbsterhaltung in Kriegzeiten unterworfen. Die damals getroffenen Entscheidungen lassen sich, so die entlastende Argumentation, nicht aus der heutigen Perspektive der Sicherheit und des Wohlstands kritisieren. Diese Sichtweise wird unhaltbar, sobald man sich ernsthaft den Nachkriegsentwicklungen zuwendet und

sich fragt, weshalb schweizerische Behörden und Vermögensverwalter – ganz ohne «Druck der Nazis» – einen derart zähen Abwehrkampf gegen die Ansprüche der Alliierten auf die deutschen Vermögen in der Schweiz führten (Raubgut inbegriffen), während zugleich die Überlebenden des Holocaust, die Entrechteten und Beraubten, gegen eine Wand der Abwehr bei Banken und Behörden anliefen, wenn sie ihre materiellen Ansprüche in der Schweiz vortrugen. Es ist kein Zufall, dass die Konzentration der Aufmerksamkeit auf «den Krieg», auf die wenigen Jahre 1939–1945, den hartnäckigen Verteidigern nationalkonservativer Vergangenheitspolitik als alles erklärender Faktor derart am Herzen liegt. Auf dieser Argumentationslinie wird auch in Zukunft bei öffentlichen Debatten die letzte Abwehrstellung errichtet werden. Die Anhänger der «Aktivdienstschweiz» brauchen den Krieg beziehungsweise die äussere Bedrohung in jeglicher Gestalt als mentales Lebenselixier, um innenpolitisch glaubhaft bleiben und aus dieser Glaubwürdigkeit ihre Ansprüche auf Geschichtsdeutung herleiten zu können – und nebenbei eine Vielfalt sehr gegenwärtiger wirtschaftlicher und politischer Interessen unter dem Banner der nationalen Uneigennützigkeit zu verfolgen. Mit der Verschiebung der Aufmerksamkeit auf die Nachkriegszeit treten demgegenüber neue Problemfelder ins Blicklicht, die der geteilten Welt des Kalten Kriegs zugehören, bis hin zum Südafrika-Engagement schweizerischer Banken und Behörden, die dort ein Bollwerk gegen den Kommunismus zu fördern hofften. Dasselbe hatten in den 30er Jahren manche auch von Nazi-Deutschland geglaubt. In der Untersuchung der Nachkriegszeit und in der Frage nach Kontinuitäten und Brüchen gegenüber der Periode 1933–1945 liegen wichtige Aufgaben der zukünftigen Forschung.

Wichtige Fragen bleiben auch nach der UEK in der Schwebelage: Wieviel Kalkül und

strategische Überlegungen waren bei den schweizerischen Eliten jener Zeit im Spiel und wo hat man es allenfalls nur mit kurzfristiger oder opportunistischer Improvisation zu tun. Wie ist das eigentümliche Nicht-Handeln des Bundesrats in Angelegenheiten von höchster nationaler Tragweite zu verstehen? Entsprang es nur den zufälligen personellen Konstellationen eines vielfach als «schwach» beurteilten Gremiums? Oder liegt einer solchen Vermutung ein grundlegendes Missverständnis über die Eigenart des helvetischen Machtkartells zugrunde, das weit konsistenter – und arbeitsteilig – funktionierte? Verlaufen die entscheidenden inneren Gräben jener Jahre wirklich nur zwischen «der» Linken und «dem» bürgerlichen Lager? Wäre nicht in Erwägung zu ziehen, dass massgebliche (aber keineswegs alle) Teile der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Linken gerade eben zu Juniorpartnern des herrschenden Machtkartells avanciert waren und damit als kritische Kraft der Opposition weitgehend ausfielen? Eine Gesamt-

darstellung der Arbeiterbewegung in dieser Periode steht ebenso noch aus wie eine der antifaschistischen Schweiz. Eine der zahlreichen bemerkenswerten kleinen Entdeckungen der UEK-Studien präsentiert den prominentesten schweizerischen Sozialisten des 20. Jahrhunderts, Robert Grimm, in einer Rolle, die man ihm nicht zugetraut hätte: nämlich als Schutzpatron einer Gruppe sich im Frühjahr 1945 mitsamt ihrem Beutegut in die Schweiz absetzender Nationalsozialisten (so in Bd. 9 der Studien, «Tarnung, Transfer, Transit», Zürich 2001). Abgesehen von einem kleinen Fernsehbeitrag griff keine der zahlreichen medialen Präsentationen der UEK-Studien die Affäre auf. Die Konkordanz funktioniert und schützt auch rückblickend all jene, die «dazugehören».¹

Mario König ist Historiker

¹ Eine ausführlichere Fassung dieses Artikels findet sich in: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, 22. Jahrgang, Heft 43, November 2002.